

Warenaustausch von 200 Millionen Verrechnungseinheiten an. Von offiziellen westdeutschen und Westberliner Kreisen wird jedoch bewußt der innerdeutsche Handel unterbunden. Diesem Ziel dient vor allem ein kompliziertes Ausschreibungs- und Genehmigungsverfahren, das eine größere Beweglichkeit im Warenverkehr unmöglich macht und damit den innerdeutschen Handel behindert.

Aber gegen diese Politik der Behinderung und der Einschränkung durch Bonn erhebt sich der ständig zunehmende Widerstand der fortschrittlichen, am Handel mit der Deutschen Demokratischen Republik interessierten Kräfte in Westdeutschland. Die Bauern, vor allem die Obst-, Gemüse- und Weinbauern, aber auch die Angehörigen weiter Kreise der Bourgeoisie machen aus ihren Bestrebungen, Handelsverträge mit der Deutschen Demokratischen Republik abzuschließen, kein Hehl, weil gerade sie besonders fühlbar von der antinationalen Politik Adenauers betroffen sind. Immer schwieriger gestaltet sich für sie infolge der Umstellung der westdeutschen Wirtschaft auf die Kriegsvorbereitungen die wirtschaftliche Lage, da die Remilitarisierung von der ständigen Steigerung der vom militärischen Standpunkt aus wichtigsten Industriezweige begleitet ist, während gleichzeitig die Produktion von Lebensmitteln und Textilwaren gedrosselt wird.

Es sei hier nur ein Beispiel von Tausenden angeführt, in denen der Ruf nach einer Verstärkung des Handels mit der Deutschen Demokratischen Republik erhoben wird:

So forderten auf einer Arbeitstagung in Krefeld am Bodensee westdeutsche Obstgroßhändler von der Bonner Regierung, daß sie sich für eine Förderung des Handels mit der Deutschen Demokratischen Republik einsetzen solle, wobei sie darauf hinwiesen, daß ein großer Teil der vorjährigen Obsternte noch unverkauft sei, eine wesentliche Besserung der schwierigen wirtschaftlichen Lage aber durch verstärkte Obstlieferungen nach der Deutschen Demokratischen Republik eintreten würde.¹⁰⁵⁾

Der Druck dieser Kreise ist es auch, der die Adenauer-Regierung und die westdeutschen Wirtschaftsbehörden in der Vergangenheit zwang, in jedem Jahr erneut Handelsverträge mit der Deutschen Demokratischen Republik abzuschließen. Dabei muß man freilich hervorheben, daß die ernste Lage, die durch die Ratifizierung der Pariser Kriegsverträge, d. h. durch den Verrat Adenauers und einer Handvoll Parlamentarier im Bonner Bundestag entstanden ist, erheblich dazu beiträgt, die Abwicklung der Handelsverträge zwischen den beiden Teilen Deutschlands immer schwieriger zu gestalten.

¹⁰⁵⁾ Die Meldung wurde entnommen der Zeitschrift „Der Außenhandel“, Heft 3/1955, Seite 74.